



Inhaltsverzeichnis

09.02.2026	Gardelegener Volksstimme: Wie es mit dem Endlager weitergeht	3
07.02.2026	Schwarzwälder Bote Bad Wildbad, Calw: Kommt der Atommüll nach Bad Wildbad?	4
07.02.2026	Schaumburg-Lippische Landes-Zeitung: Studie warnt vor Drohnen-Angriffen	5

Gardelegener Volksstimme

Wie es mit dem Endlager weitergeht

Online-Veranstaltung zu den Arbeiten in Morsleben.

Morsleben/VS. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) lädt zum digitalen Dialogforum „Betrifft: Morsleben“ am Dienstag, 10. Februar, um 18 Uhr ein. In der Online-Veranstaltung stehen der Rückblick auf die Arbeiten im vergangenen Jahr sowie die geplanten Arbeiten in diesem Jahr im Fokus. Matthias Ranft, Projektleiter des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben, spricht zudem über das komplexe Genehmigungsverfahren, das die geplante Stilllegung des Endlagers verlangt.

Im Endlager Morsleben befinden sich rund 37.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle unter Tage. Die Aufgabe der BGE ist, das Endlager unter Verbleib der radioaktiven Abfälle stillzulegen. Unter der Einhaltung der atomrechtlichen Vorgaben wird die Stilllegung des Endlagers Morsleben umfangreich wissenschaftlich vorbereitet und begleitet.

Die Teilnahme zu dieser Online-Veranstaltung ist auf zwei Wegen mög-

lich: per Zoom-Konferenz oder im Livestream auf YouTube. Der Link zur Zoom-Konferenz wird am Veranstaltungstag auf der Startseite von www.bge.de zugänglich sein. Zudem wird die Veranstaltung über den YouTube-Kanal der BGE unter www.youtube.com/@die_bge gestreamt.

Fragen und Diskussionsbeiträge können Interessierte vorab per E-Mail an info-morsleben@bge.de schicken.

Wörter:	164	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	13 bis 13	Auflage ¹ :	3.500 (gedruckt)
Ressort:	Lokal		3.728 (verkauft)
Rubrik:	Gardelegen		3.948 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,00752 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

Kommt der Atommüll nach Bad Wildbad?

Der Anteil von erneuerbaren Energien steigt immer weiter an – doch die Frage nach der Lagerung von Atommüll bleibt.

Bad Wildbad-Calmbach „Wir alle haben ihn, niemand will ihn, er ist eine Ewigkeitslast“, mit diesen Worten zeigte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Harald Ebner den mehr als 50 Anwesenden im Clubhaus in Calmbach ein deutsches Dilemma auf. Doch wovon sprach der promovierte Diplom-Agraringenieur?

Die Rede war von den 1900 Castoren mit hoch radioaktivem Atommüll, der an 16 Standorten im Bundesgebiet oberirdisch zwischengelagert wird.

Am 15. April 2023 wurde das letzte in Betrieb befindliche Atomkraftwerk abgeschaltet, der Müll aber ist geblieben.

Ebner: „Atomkraft war ein Irrweg“

Besonders krass zeigt sich in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Atomkraft in Deutschland nur rund 60 Jahre genutzt wurde.

Ebner, im Aufsichtsrat der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) stellte fest: „Atomkraft war ein Irrweg, sie bleibt eine Risikotechnologie.“ Die Suche nach einem dauerhaften Endlager war bis 2013 ein reines Politikum, bis ein Standortauswahlgesetz verabschiedet wurde. Dabei mussten laut Ebner „mentale Hürden bei den Menschen genommen werden, zu sagen, wir haben in Deutschland eine weiße Karte

für die Standortsuche.“ In drei Phasen soll der bestmögliche Standort gefunden werden. Dabei geht es um geologische und wissenschaftliche Voraussetzungen, die es zu prüfen gilt. Ziel ist, durch ein kompliziertes Ausschlussverfahren, den einen, besten Standort zu finden.

Nach jeder Phase wird der Bundestag über die Auswahl beschließen. Zuvor wird in jedem Fall die Bevölkerung ins Boot genommen. Es gibt beispielsweise das nationale Begleitgremium und das Forum Endlager. Harald Ebner sieht das nationale Begleitgremium als wichtiges Scharnier zwischen Bürgern und Behörden, da es Recht auf Akteneinsicht hat. Die BGE veröffentlicht einmal jährlich die Fortschritte, die gemacht werden. Bisher befindet man sich noch in der ersten Phase. Eine online einsehbare Übersichtskarte zeigt anhand von verschiedenen Farben, welche Region bereits aus der Auswahl ausgeschieden ist. Wichtig für Bad Wildbad und Umgebung ist die Farbe türkis, die besagt, dass der Standort anhand der Untersuchungen noch „im Rennen“ ist, allerdings steht man momentan bei Auswahl C oder D, nur A würde in die weitere Phase einfließen.

Bis 2027 sollen A-Gebiete ausgewiesen sein. Ob, wie Ebner anführte, kristallines Gestein, wie in der Region rund um Bad Wildbad, am Ende das Rennen machen wird gegenüber kompakten Ton-

lagerungen oder flachen Salzlagerungen, könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Rund 27 Prozent deutscher Fläche noch in der Auswahl

Rund 27 Prozent der deutschen Fläche sei noch in der Auswahl. Fragen aus den Reihen des aufmerksamen Publikums zeigten die Besorgnis, was passiere, wenn man als Standort ausgesucht würde. Ebner erklärte, dass es rund 15 bis 20 Jahre dauere, bis der radioaktive Müll eingelagert werden könne. Die Einlagerung selbst wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Die größte Baustelle sei aber unterirdisch, das gehe senkrecht bis zu 500 Meter in den Berg. Wer das alles bezahle, wurde in den Raum geworfen. Ebner erklärte, dass die AKW-Betreiber in einen staatlichen Fond einzahlen mussten, in dem sich rund 27,5 Milliarden Euro befinden. Das würde einen Großteil der Kosten decken. Wichtig für den 61-Jährigen ist klarzustellen, dass eine Transparenz vorhanden sein muss: „Selbstverständlich wird es Klagen und Bürgerinitiativen geben, das muss ein Gegengewicht sein. Es darf sich keiner verschaukelt fühlen, denn ganz schlimm ist, wenn man glaubt, man ist hintergangen worden. Dafür ist dieses Verfahren transparent. Die Auseinandersetzung, die mit Sicherheit kommt, ist dadurch für alle beherrschbar.“

Wörter: 562
Seite: 15
Ressort: WILD
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 7.333 (gedruckt)
8.567 (verkauft)
8.829 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03406 (in Mio)

¹ IVW 4/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Studie warnt vor Drohnen-Angriffen

Gutachten sieht Sicherheitsdefizite bei Atommüll-Zwischenlager wie in Grohnde / Das sagen die Betreiber

Dieses Szenario klingt unwahrscheinlich, gilt aber nach Auffassung von Experten als möglich: ein bewaffneter Drohnenangriff auf Zwischenlager mit hoch radioaktiven Abfällen wie in Grohnde. Wie die Autorinnen einer Studie argumentieren? Und was die Betreiber der Zwischenlager sagen? Ein Überblick.

Christian Branahl

Trotz der teilweise bereits umgesetzten Maßnahmen zum Schutz vor Terrorgefahren an den Zwischenlagern für hoch radioaktive Abfälle sieht eine Studie deutliche Lücken in den Sicherheitskonzepten. Zu diesem Ergebnis kommen Dipl.-Phys. Oda Becker und Prof. Dr. Jutta Weber, die mögliche Auswirkungen von Terrorangriffen am Beispiel der Zwischenlager in Ahaus und Brokdorf dargestellt haben. Dabei unterstellten sie auch den Einsatz sprengstoffbeladener Kamikaze-Drohnen „als Teil heutiger Kriegsrealität“. Sie könnten auch für einen Angriff auf Atomanlagen genutzt werden. Die Autorinnen beschreiben als Folge ein Szenario, aus dem „eine erhebliche Freisetzung von radioaktiven Stoffen resultiert“ – mit erheblicher Gefährdung der Bevölkerung in der näheren Umgebung.

Auf Nachfrage unserer Zeitung bestätigt Becker, dass die für Brokdorf beschriebenen Folgen auf das Zwischenlager Grohnde übertragbar seien. Bekanntlich sind die norddeutschen Gebäude nach dem STEAG-Konzept genehmigt, das besseren Schutz gegen äußere Einwirkungen bieten soll. Die Diplom-Physikerin, seit rund 25 Jahren unabhängige Wissenschaftlerin im Bereich Sicherheit und Risiken von kerntechnischen Anlagen, erklärt auf Nachfrage, dass für mögliche Drohnenan-

griffe keine akute Bedrohungslage bestehe, aber sie theoretisch möglich seien.

„Der Einsatz von Drohnen in militärischen Konflikten hat in den letzten Jahren rasant zugenommen und wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen“, heißt es in der 63-seitigen Studie, die im Auftrag der Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“ erstellt im vergangenen Jahr vorgestellt worden ist. Wegen der massiven Zunahme der Drohnen und ihren Fähigkeiten sowie wegen des leichten Zugangs, der einfachen Bedienung und der niedrigen Kosten könnte es „die Waffe der Wahl für zukünftige Terroristen sein“.

Die Autorinnen untersuchten auftragsgemäß auch ein Szenario, in dem das Zwischenlager Brokdorf mit mehreren Drohnen angegriffen werde, die mit Sprengstoffen und Brandbeschleuniger beladen seien, um eine erhebliche Freisetzung zu verursachen. Ihre Detailkenntnisse über die Sicherheitskonzepte der Zwischenlager halten die Autorinnen nach eigenen Angaben bewusst zurück, da „keine Anleitung für einen derartigen Angriff bereitgestellt werden soll“.

An den Folgen aber lassen sie keinen Zweifel. In Windrichtung sehen die Autorinnen bei einem Drohnenangriff auf das Zwischenlager Brokdorf die möglichen Auswirkungen, dass eine Evakuierung bis in eine Entfernung von fast zwölf Kilometer erforderlich werde, bis in 800 Meter träten effektive Dosen auf, die tödlich sein könnten. Das Ergebnis ließe sich auf Grohnde übertragen, sagt Becker. So ein Angriff sei „nicht trivial“, erklärt sie, verweist auf eine gewisse Anzahl von entsprechend ausgerüsteten Drohnen und „sehr viel

Fachwissen“. Dennoch müssten sich die Betreiber der Zwischenlager mit dieser Möglichkeit auseinandersetzen und sich nicht nur auf den Staat berufen. Becker erklärt gegenüber unserer Zeitung: „Mir geht es nicht darum, Panik zu schüren, sondern darum, eine sachliche Debatte zu führen.“

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) verweist darauf, dass die Abwehr terroristischer Gefahren vorrangig eine staatliche Aufgabe sei. Diese staatliche Aufgabe werde bei Zwischenlagern ergänzt durch die Verpflichtung des Betreibers zur Umsetzung von Maßnahmen zum erforderlichen Schutz des Zwischenlagers gegen „Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter“, kurz SEWD. Dahinter verbergen sich kriminelle Handlungen, um radioaktive Stoffen zu entfernen oder freizusetzen.

Das Bundesamt erklärt in einer Broschüre, dass dies jedoch nicht den Schutz des Zwischenlagers gegen kriegerische und militärische Auseinandersetzungen beinhalte. „Der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine stellt in dieser Hinsicht einen Präzedenzfall dar“, heißt es dazu.

Der für Grohnde zuständige Sprecher der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), Dr. David Knollmann, erklärt, dass der Schutz gegen Angriffe (SEWD) vom Gesetzgeber festgelegt sei. Demnach seien die jeweiligen Schutzmaßnahmen der BGZ und des Staates verzahnt und aufeinander abgestimmt. „Die Schutzmaßnahmen werden von den Sicherheitsbehörden kontinuierlich evaluiert und gegebenenfalls angepasst“, meint er. Die neu errichtete Schutzwand am Brennelement-

te-Zwischenlager in Grohnde sei Ausdruck dieser dynamischen Anpassung.

Ein Zwischenlager „bietet natürlich auch bei kriegerischen Auseinander-

setzungen einen bestimmten Schutz“, meint Knollmann, fügt aber hinzu: „In einem solchen Fall nehmen staatliche Stellen eine größere Rolle wahr.“

Gesellschaft für Zwischenlagerung verweist auf ständig angepasste neue Schutzmaßnahmen.

Wörter:	651	Nummer:	032
Seite:	16	Ausgabe:	Nebenausgabe
Ressort:	Aus der Region	Auflage ¹ :	2.147 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		1.899 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		2.024 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,00733 (in Mio)

Urheberinformation: (c) Grimmesche Hofbuchdruckerei, Zweigniederlassung der C.Bösendahl GmbH Co. KG
¹IVW 4/2025
²AGMA ma 2025 Tageszeitungen